

Politiker der Grünen fordert Tierhaltungsverbot in Wadelsdorf

Reaktion aus Potsdam auf Bescheid gegen Unternehmer Straathof

SPREE-NEISSE/POTSDA Das Tierhaltungsverbot gegen den umstrittenen Unternehmer Adrianus Straathof sollte auch im Land Brandenburg – und damit in der Gemeinde Wadelsdorf – in die Tat umgesetzt werden: Dies fordert der landwirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag, Benjamin Raschke.

Er begrüßt ausdrücklich den Bescheid, den der Landkreis Jerichower Land in Sachsen-Anhalt gegen die Firma erlassen hat, nachdem in einer Anlage bei Genthin mehrere Verstöße gegen das Tierschutzgesetz dokumentiert wurden.

Das Hamburger Magazin "Stern" berichtet in seiner aktuellen Ausgabe vom Rechtsstreit, der daraus resultiert: Das Verwaltungsgericht in Magdeburg hat die Vollstreckung des Bescheids vorerst untersagt, und die Anwälte des Unternehmers Straathof erheben ihrerseits eine Klage. Nach Auskunft der Firma weist der Bescheid, der ihr ein bundesweites Tierhaltungsverbot auferlegt, "zahlreiche offensichtliche Rechtsmängel" auf.

Benjamin Raschke von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt: "Das Tierhaltungsverbot ist ein wichtiges Signal gegen Tierquälerei in überdimensionierten Hühner- und Schweineställen." Der Fall mache zudem klar, dass gut aufgestellte Behörden durchaus in der Lage seien, "konsequent gegen Tierquälerei und den unsachgemäßen Umgang mit Antibiotika in Massentierhaltungsanlagen vorzugehen", sagt der landwirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion.

Die zuständigen Mitarbeiter des Landkreises Spree-Neiße warten nun ab, wie das Verwaltungsgericht in Magdeburg weiter verfahren wird. Der Beigeordnete Olaf Lalk merkt an: Weder in der Anlage in Wadelsdorf noch in Löschen bei Drebkau hätten detaillierte Kontrollen im November zu ähnlichen Beanstandungen wie in Sachsen-Anhalt geführt.

René Wappler